

Die U. S. P. D. und die Steuerpolitik.

Rede des Abgeordneten Wurm in der Nationalversammlung.

Sechste Versammlung! Wenn Herr Minister Erzberger die Schuld an dem heutigen Zusammenbruch und an dem großen Elend, das über uns verhängt ist, mit Bug und Recht nicht der Revolution zuschreibt, sondern als Sünde der Vergangenheit hinstellt, so stimmen wir ihm zu. Wir können aber in das Loblied, das er dabei sich und seiner Partei gesungen hat, keineswegs einstimmen. Denn niemand ist mehr mit daran schuld, daß es soweit gekommen ist als die große, starke Zentrumspartei, die ausschlaggebend war bei allen gefährlichen Wendungen, die während der Kriegszeit zum Unheil des Volkes geführt wurden. Und wenn Herr Minister Erzberger — und auch darin stimme ich ihm zu — dem Minister Helfferich eine so schlechte Note ausstellt und ihn als den leichtfertigen aller Finanzminister kennzeichnet, so wollen wir doch nicht in Verleumdung geraten lassen, daß die maßgebende Zentrumspartei nichts getan hat während des ganzen Krieges, diese leichtfertigen Manipulationen der Finanzwirtschaft irgendwie zu ändern und zu verbessern. Sie sind es gewesen, die immer

für die Kriegsschulden und Kriegsanleihe

gestimmt haben, sie sind es gewesen, die immer wieder es verhindert haben, daß die Unkosten des Krieges sofort auf die wohlhabende Bevölkerung umgelegt wurden. Es müßte daher sonderbar an, wenn Sie sich jetzt damit eine Gloriele und Haupt schaffen wollen, daß Sie alle Schuld Herrn Helfferich aufbürden wollen. Nein, alle diejenigen, die mitgewirkt haben, daß immer wieder Anleihen bewilligt wurden, die dadurch bewirkt haben, daß das Durchhalten gerade den Durststreichern, gerade den zahlungsunfähigen, hinter den Ofen hockenden Bevölkerungsteilen so leicht wurde, alle diese sind mit Schuld daran, wenn das Elend heute so tiefen Grad über uns hereingebrochen ist. (Sehr richtig! bei den U. Sog.)

Sie sind Schuld daran, daß das Geld verschwendet und vergeudet wurde, daß Sie nichts getan haben, um zu verhindern, daß die Kapitalisten sich bereichern konnten. Wenn wir unabhängige Sozialdemokraten darauf hinweisen, daß selbst kapitalistische Staaten wie England und Amerika die Kriegswirtschaft sofort dekapitalisierten, daß diese sofort dafür sorgten, daß die Internationalsgewinne eingekürzt wurden, und daß der Staat der Herr über die Produktion für die Kriegswirtschaft wurde, haben gerade Sie uns erklärt, daß das in Deutschland nicht angehe, daß man die Produktivität an der Produktion nicht bemessen dürfe.

Sie sind schuld daran gewesen, daß so ungeheure Gewinne durch die Kriegswirtschaft

eingehemmt werden konnten. Freilich, das wollen wir nicht verneinen — bis in die Kreise der Parlamente hinein haben, man sagt sogar, schon ja die Rühmlicher jener Kriegswirtschaft, die als Kapitalistische gewissermaßen industrieller Kriegswirtschaften nicht unbeteiligt waren, wenn große Gewinne durch die Privatwirtschaft herausgeholt wurden. Und darum, meine Herren,

schweigen Sie alle,

von der äußersten Rechten bis weit nach links hinein, darüber, der Kriegsverlängerung und Kriegsschuldigen gewirkt hat. Alle Sie sind mit daran schuld an der heutigen Finanznot, die es verhindert haben, daß rechtzeitig vorbeugend eingegriffen wurde, die uns Unterländerverächter schimpfen, und die durch ihre positive Tätigkeit, die Sie so rühmen, dazu beitragen, daß „durchgehalten“ wurde, daß mit Hurra alles bewilligt wurde, was Kriegsverlängerung gemittelt hat.

Freilich, Herr Erzberger hat erzählt, daß in einer Denkschrift, die 1917 Herr General Groener verfaßt hat, die aber bisher unterdrückt worden ist, sich der Sach findet, der Patriotismus der Kriegskriegler sei nur durch die Profitmacherei zu halten gewesen! Sie haben also bewilligt sogar, wie General Groener es sein mag, darauf hingewirkt, daß gewisse Kreise Profite erhielten, damit sie Hurra schrien; Sie haben bewilligt dafür gesorgt, damit die öffentliche Meinung gefälscht und jene Stimmung im armen Volke erzeugt wurde, die Ihnen das Weiterwirtschafte ermöglichte. Hebrons, was der General Groener 1917 geschrieben hat, ist keine Entdeckung gewesen, 50 Jahre früher hat Karl Marx bereits darauf hingewiesen, daß das Kapital, wenn es 10 Prozent bekommt, überall zu finden ist, daß es bei 20 Prozent lebhaft wird, bei 50 Prozent Gewinn positiv waghalsig, bei 100 Prozent Hampf es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß und bei 200 Prozent existiert kein Verbrechen, das es nicht rüstet.

So Marx bereits 1867! Können Sie sich das alle gesagt sein lassen, wenn Sie jetzt daran denken, Maßnahmen gegen diejenigen zu treffen, die die Steuern hinterziehen wollen. Strafen werden nicht abschreckend genug, wenn der Profit, der gemacht werden kann, zu groß ist. Das sehen wir auch im Schleichhandel, das sehen wir bei der Steuerhinterziehung. Es genügt nicht, den Gewandern hinterher zu schreien; sondern da heißt es vorbeugende Maßnahmen treffen.

Aber es handelt sich dabei nicht bloß um Leute, die Wertpapiere besitzen; es wird auch noch auf andere Weise Kriegsgewinn verschoben und zwar besonders auf dem Lande, indem dort

Rassenscheine gehandelt

werden. Gewisse Schländerer auf dem Lande sagen sich, es könnte doch eines Tages bei den Banken oder Sparkassen nachgefordert werden, wieviel Geld in den Depots vorhanden ist, und da sei es doch besser, wenn die Rassenscheine vergraben oder verreckt werden. Wir werden dahin kommen müssen, daß alles Papiergeld eines Tages abgekempft werden muß, und derjenige, der Scheine zur Abkempfung vorlegt, auch darüber Rechenschaft geben muß, wie denn die vorgelegte Summe mit seinen Steuerangaben in Übereinstimmung steht. Freiwillig ist ja eine richtige Steuerangabe nicht zu bekommen, wenn nicht durch verbindliche Maßnahmen der Zahlungspflichtige gezwungen wird, das zu offenbaren, was er an Einkommen und Vermögen besitzt.

Nun müssen wir aber nach den erschreckend hohen Rätzen, die wir heute gezahlt haben, fragen: sind wir denn

überhaupt zahlungsfähig?

Und diese 25 Milliarden, die Reich, Staat und Gemeinden jetzt jährlich beanspruchen, aufzubringen? Die Schätzungen über das Nationalvermögen gehen ja weit auseinander. In Wirklichkeit beträgt aber das

Neuerbare Nationalvermögen

ungefähr 100 Milliarden, wie Graf Modern bereits herausgezogen hat. Nebenbei bemerkt: das Wort „Nationalver-

mögen“. Auch da hat Karl Marx bereits vor einem halben Jahrhundert eine sehr zutreffende und, gerade für unsere Zeit sehr wichtige Bemerkung gemacht. Er sagte: „Der einzige Teil des sogenannten Nationalvermögens, der wirklich in dem Gesamteigentum der modernen Völker einget, sind ihre Staatsschulden“.

Das, was wirklich an Vermögen da ist, gehört nicht dem Gesamtvolk, sondern gehört einer kleinen Oberschicht; die große Masse ist nach wie vor arm und daher auch nicht steuerzahlungsfähig.

Wir müssen nun fragen: wie ist es möglich, aus den Kreisen, die leistungsfähig sind, die an Vermögen und Einkommen soviel besitzen, daß sie leben können und doch noch an Staat, Reich und Gemeinde abtragen können, daß herausgeholt, was hier herausgeholt werden soll? Ich muß sagen, daß die Steuerverordnungen, um die sich ja drei Reichsfinanzminister bemüht haben, einen

recht kläglichen Anfang

machen, von dem wir zum Teil vollständig absehen müssen. Es fehlt jede laufende Einkommensteuer, es fehlt jede dauernde Vermögenssteuer. Die hat uns ja der Herr Finanzminister Erzberger in Aussicht gestellt. Ich hoffe, daß zwischen „Pipp“ und Reichsbrand“ nicht wieder mal ein Unglück passiert. Es erwartet eigentümliche Gesäße, daß sich wieder einmal die Bekanntheit der Vermögensabgabe so vergrößert. Wir sind der Meinung, daß solche Gesetze nicht als Ueberrückungen plötzlich einer gleichzeitigen Körperhaft vorgelegt werden dürfen, sondern daß sie längere Zeit vorher der allgemeinen Erörterung unterbreitet werden müssen. Deswegen ist es dringend notwendig, sofort mit Ihrem Vermögensabgabentwurf herauszukommen. Über dürften eigentlich die vorliegenden Entwürfe gar nicht verabschiedet werden; denn sie sind ein integrierender Bestandteil der gesamten Finanzpläne.

Was bieten Sie uns nun? Diese

Mehreinkommenabgabe

macht bei 50 Proz. als Höchstgrenze galt. Nachdem Herr Erzberger so schön gesagt hat, daß niemand ein Recht habe, sich am Reiche zu bereichern, muß man doch fragen: wie kommt er nun dazu, mit zu verantworten, daß bei 50 Prozent der Verleicherung halt gemacht werden soll? Nach diesen Ausführungen müßte das geschehen, wofür man uns angebrüllt hat, als wir es im vergangenen Reichstag bereits gefordert haben, daß nämlich

alle Kriegsgewinne restlos weggesteuert

werden. Herr Erzberger, Sie samt Ihrer Partei gehöret mit zu denen, die uns den heftigsten Widerspruch entgegenzusetzen, als wir verlangten, daß 100 Prozent Kriegsgewinnsteuer erhoben werden sollen. Sie, Ihre Partei und schließlich die anderen Parteien, die die Interessen der besitzenden Schichten vertreten, waren es, die Opposition dagegen machten: das ginge nicht, da werde die Arbeitslosigkeit nehmen. Die

einmalige Vermögensabgabe

zeigt uns im Entwurf nun noch ein wunderbares Schauspiel. Nun erstmalig erlebt das Parlament, daß offen vor ihm die Kanakliste zwischen den Ministern und dem Staatsaudsich — Ertrag-Landesrat — zum Antrag gebracht werden. Wir bekommen zwei Tabellen vorgelegt. Die Regierung ist die energiegeladere: sie will alle Gewinne über 204 500 Mark ausfallen der Gesamtheit eingehen. Der Staatsaudsich hat mehr kapitalistische Interessen vertreten; er sagt: 440 500 Mark sind das Minimum, das für den armen Kriegsgewinnler bleiben muß. Wir aber sagen: wir müssen verlangen, daß

flüssige Gewinne eingezogen

werden. Ja, wir gehen noch weiter als der Herr Minister Erzberger, der sagte, es müsse doch jeder froh sein, wenn er sein bestehendes Vermögen des Krieges habe enthalten können. So gut wie Millionen Menschen ihr Leben und ihre Gesundheit haben einbüßen müssen, so werden eben auch die besitzenden Schichten, die heute noch im Ueberflut existieren, sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß sie auch von dem, was sie besitzen, Opfer zu bringen haben für das Elend, das durch ihre kapitalistische Wirtschaft mit herbeigeführt worden ist.

Dann noch eins! Gegenüber denjenigen, die sich in den Kreisen außerhalb der Sozialdemokratie damit brüsten, daß sie für eine hohe Vermögenssteuer eintreten, möchte ich doch darauf hinweisen, daß das Volk draußen sich dadurch nicht etwa davon überzeugen läßt, die Herren seien gar opferfreudig geworden und hätten umgelegt. Eine hohe Vermögensabgabe unter Beibehaltung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise, die den Unternehmern ermöglicht, durch Subtilität und Kartelle den Preis zu bilden, den Markt zu beherrschen und dann vielleicht mit Schießstein wieder herauszuschießen, was sie als Steuer abgezogen haben. Das ist kein großes Kunststück, besonders wenn man glaubt, damit diese so angenehme Wirtschaftsvorbereitung aufrechterhalten zu können.

Ganz kläglich aber ist das, was Sie uns als

Erbchaftsteuer

vorgehen, wenn auch endlich für Kinder und Waisen die Erbschaftsteuer eingeführt wird. Was sind das für niedrige Sätze: Kapitalsteuer höchstens 4-5 Prozent, Erbschaftsteuer allerhöchstens 75 Prozent, aber meistens in niedrigeren Stufen gehalten. Und dann das Keinscheiden für die ganze Steuererhebung; die

unumschränkte Macht des Zentrums,

die in allen diesen Steuererlassen zum Ausdruck kommt, in dem beim Erbschaftsteuererlass bereits für Kirchen und kirchliche Stiftungen die Steuer nicht etwa 75 Prozent als Höchstmaß beitragen darf, sondern nur 10 Prozent, (Hört, hört! bei den U. S.) und Schenkungen für kirchliche Zwecke nicht demselben Steuerfuß unterliegen wie bei privaten Menschen, sondern steuerfrei sind. (Hört, hört! bei den U. S.)

Wir sehen weiter bei der

Grundverfallsabgabe,

daß dort in derselben Weise die Interessen der Kirche gemahrt sind. Die Grundverfallsabgabe wird auf 4 Prozent erhöht, aber die Kirche braucht noch 2 Prozent zu zahlen. Was aber hier einem Staatsamt, in dem eigentlich die Sozialisten die Mehrheit haben und ausschlaggebend sind, noch interessanter ist, ist der Umstand, daß sogar der Reichsfinanzminister aus 2 Prozent auf nicht 4 Prozent zu zahlen haben. (Hört, hört! bei den U. S.) Ich sage, daß das besonders bedauerlich interessant ist, weil eigentlich die Herren vom Fiskus die Herren von der äußersten Rechten, die sich selber immer noch nennen, nicht in der Regierung sitzen und doch ihre Interessen von der sozialistischen Mehrheit in der Regierung so wunderbar gemahrt werden. (Sehr gut! bei den U. S.) Denn das Zentrum registriert! Meine Herren von der heiligen Reichspartei, Sie dürfen sich wirklich wieder „Zentrum“ nennen,

denn Sie sind nach wie vor das Zentrum, der Mittelpunkt unserer ganzen Gesetzgebung geworden. Um Sie dreht sich alles! Wer es nicht glaubt, braucht ja bloß nach Preußen hinüber einen Blick zu werfen, um zu sehen, was auf dem Gebiet der Schule das Zentrum wieder zuwege gebracht hat und wie das Zentrum sich die sozialistische Regierung unterwirft, die den Schulunterricht zuwege gebracht hat, daß jedem, der jemals auch nur eine Spur von Sozialismus in sich gehabt hat, ein Grauen ankommt.

Als diese Tatsachen stehen fest:

Unzulängliche Steuergesetze

gegenüber dem Kapital und dem Einkommen mit einer Verbeugung vor der Kirche und vor dem Großgrundbesitz. Es ist sogar ein Gesetz gemacht worden zugunsten der nachträglichen Kriegsgewinnler, die jetzt erst kommen werden. Das ist die

Kapitalsteuer.

Denn was bedeutet das anders, wenn Sie bei der Lohnsteuer, bei der Steuer, die auf das Land gelegt wird, das durch die Schleifungen der Festungen in die allgemeine Benutzung übergeben kann, nicht den gesamten Mehrwert versteuern, sondern bloß 50 Prozent des geschätzten Mehrwertes. Das heißt also, daß Sie den Herren, die dieses Land kaufen, noch nachträglich die Möglichkeit geben, 50 Prozent dieses Gewinnes bei dessen Schaffung Sie keinen Finger gerührt haben, sich einzuflecken, so daß sie noch nachträglich vom Reiche einen Gewinn haben werden.

Nun hat der Herr Minister Erzberger gerühmt, daß das Zentrum ja während des Krieges und vor dem Reiche alle Steuererfordernisse mit hat schaffen lassen. Ja, Sie haben sie schaffen lassen. Aber wie sind diese Steuern gemehrt? Nicht als indirekte Verbrauchsabgaben, die die große Masse der Bevölkerung belasten und fast gar keine direkten Steuern. Das war die Steuerpolitik des Zentrums vor dem Reiche. Und was bekommen wir jetzt bei der?

Wiederum Verbrauchsabgaben!

Über hat der Herr Erzberger in dem sozialdemokratischen Reichstag einen Sekundanten bekommen, der gesagt hat, es sei unendlich, durch direkte Steuern unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle Ausgaben zu decken; man müsse auf Verbrauchsabgaben hinweisen, wofür ja doch nebenbei jetzt auch große direkte Steuern gegeben werden. (Hört, hört! Unter der Krone sagen Ihre Leute das auch! Große Heiterkeit und sehr laut bei den U. S. und den Dem.) — Wenn Ihnen unter vier Augen das einer sagt, dann seien Sie so freundlich, dafür zu sorgen, daß das öffentlich gesagt wird. Wir werden dann das Tischbuch mit diesen Leuten gerufen. —

Wir stehen auf dem Standpunkte, berechtigt Herr Kollege Reil, auf dem Sie mit mir zusammen 1919 in Jenageländen haben, als Sie meine Steuerresolution annehmen, die sich kritisch und deutlich gegen diese Verbrauchsabgaben erklart. (Sehr gut! bei den U. Sog.) Sie sind es gewesen, die sie mit Verteidigt und erklart hat, daß meine Steuerresolution richtig ist.

Denn was bedeutet es, wenn man sagt, daß es heute gar nicht anders ginge, es reiche sonst nicht, man könne nicht durch direkte Steuern das ausbringen, was notwendig sei, sondern man müsse deshalb zu indirekten Steuern greifen? Zu indirekten Steuern, also zu Verbrauchsabgaben, wie jetzt wieder auf Tabak, Zucker, Branntwein, Vergnügungen, Spielarten gelegt werden — den Brantwein haben Sie ja schon geholt — zu indirekten Verbrauchsabgaben, die die große Masse der Bevölkerung treffen, ohne Unterschied, ob reich oder arm. — Was bedeutet denn das in Wirklichkeit? Das bedeutet, daß, wenn Sie nicht in der Lage sind, die Einnahmen durch direkte Steuern zu decken, weil Sie bei einer gewissen Grenze halt machen, ein steuerfreies Existenzminimum lassen müssen, damit der Mensch auch leben kann und nicht nur Abgaben zu zahlen hat. Sie von hinten herum in dieses steuerfreie Existenzminimum hineinzugreifen und den Mann hoch besteuern. Denn ob er will oder nicht, er braucht diese Gegenstände, es sei denn, daß er als Krieger in der Wüste lebt und eben so lebt, daß er gar keine Bedürfnisse mehr haben darf, wie sie sonst ein Mensch heutzutage hat.

Gewiß, es gibt Leute, die ohne Bier, Branntwein, Tabak und so leben können. Aber vorläufig ist die große Masse des Volkes — das meinen Standpunkte aus sogar leidet — noch nicht so ergötzt und hat noch nicht solche Lebensbedingungen, daß sie ohne die Reizmittel arbeiten und leben kann. Ein sehr gut geschulter, mit schmerzhaften Kopf befallener Mensch kann diese Reizmittel entbehren, aber je arbeitsloser die Wohnung ist und je mehr der Dummer plagt, um so eher wird man zur Rigarre, zur Tabakpfeife greifen, um so eher wird man ein Glas Bier oder einen Schnaps trinken.

Und da kommen Sie, Herr Kollege Reil, und sagen: Wer ohne Verbrauchssteuern in der gegenwärtigen Situation die Ausgaben decken will, macht sich lächerlich.

Ich überlasse es dem Urteil der Arbeiter draußen, ob sie das lächerlich oder traurig finden, daß ein Sozialdemokrat sich in diesen Anschauungen befindet und damit dieser angeblich sozialistischen Regierung die Möglichkeit gibt, die Steuerkränze der indirekten Steuern noch mehr anzulegen.

Die neuen indirekten Steuern sollen 646 Millionen Mark bringen. Ein ganz hübscher Posten! Ich möchte mir aber erlauben, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß wegen der gesamten Bevölkerung eine Steuerlast oder eine Verbrauchsabgabe gelegt werden wird, die etwa 1 1/2 bis 2 Milliarden beträgt, ohne daß wir hier eine Gesetzesvorlage bekommen. Der volkswirtschaftliche Ausschuss hat vom Staatsaudsich eine Vorlage erhalten, um die Preise für Getreide, Fleisch, Kartoffeln zu erhöhen. Diese Erhöhung wird ungefähr 1 1/2 bis 2 Milliarden auf das Jahr ausmachen. (Hört, hört! bei den U. Sog.)

Zur selben Zeit, wo man einleht, daß die Verteuerung der Lebensmittel eine der Ursachen sei, daß so viel Unruhen im Lande herrschen, zur selben Zeit, wo man 1 1/2 Milliarden aus der Reichskasse nehmen will, um auf ein Vierteljahr die unzulänglichen Lebensmittel zu verbilligen, zur selben Zeit schickt man sich an,

hauend den Roggenpreis von 300 auf 400 Mark zu erhöhen, den Kartoffelpreis von 100 auf 125 Mark, die Schweinepreise von 70 auf 150 Mark, den Rinderpreis von 80 auf 120 Mark.

(Hört, hört! bei den U. Sog.)

In der Denkschrift, die wir im volkswirtschaftlichen Ausschuss bekommen haben, ist berechnet, wieviel wöchentlich jetzt eine Familie von fünf Köpfen, bestehend aus zwei normalverdienenden, einem Gehilfen, einem Kinde von sechs Jahren und einem Schwerearbeiter braucht, wenn sie nur die

Politik wird in den nächsten Jahrzehnten in allererster Linie Wirtschaftspolitik sein müssen. Unser heutiges Völkchen hat sich wieder erholen und so unserem Volk in seiner Lebensnot helfen. Das wird nicht immer leicht sein. Wir müssen wieder einmal von vorn anfangen. Das soll und gelingt! Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird es in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können. Bessere, verteilte Kenntnis des Auslandes, gleichzeitig aber auch des Inlandes und seiner wahren Bedürfnisse wird das erste Erfordernis des

neuen auswärtigen Dienstes

sein müssen. Und weiter: die Politik wird im Auswärtigen Amt nicht mehr von einer Abteilung gemacht werden können, der es an eigener und enger Führung mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Volkseinem Leben, und welche die Wirtschaftspolitik oder die sozialen und grundlegenden Rechtsfragen als minder wichtig technisch nachgeordneten Abteilungen überlassen zu können glaubte. Die Zusammenfassung dieser Arbeiten zu einem organischen, nicht zersplittertem Ganzen ist unerlässlich. Die notwendigen Reformen in meinem Dienste werden von mir energisch in Angriff genommen werden.

Es wird erster Anforderung bedürfen, wenn wir allmählich wieder unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt durch ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Inanspruchnahme des Privatvermögens eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unserer Exportware den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir trotzdem, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag verlagte Restriktionen wieder überwinden. In diesen Spezialabmachungen werden wir zugleich den Weg für die durch den Krieg und den Friedensvertrag weggefallenen Handelsverträge schaffen müssen. Auf Tarifhandelsverträge, deren Fehlen in nicht zu ferner Zeit verschwinden dürfte, werden wir für absehbare Zeit nicht mehr rechnen können. An ihre Stelle wird vornehmlich zunächst das System der Restriktionenverträge treten müssen. Sind wir erst einmal wieder in der Lage, mit unseren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu erscheinen, dann wird sich auch der schlechte Markt unserer Ware wieder heben.

Von allen wichtigen Aufgaben möchte ich nur noch erwähnen den

Wiederaufbau unserer Handelsflotte

und die Sorge um den Schutz und das Wohlergehen derjenigen unserer Volksgenossen, die durch die Verhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden.

Bereits in die Wege geleitet ist eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Nachrichtenwesen, sowohl was seinen Umfang, wie die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung anlangt. Es ist hierfür eine besondere Stelle des Auswärtigen Amtes geschaffen worden.

Je mehr wir im Innern zur friedlichen Arbeit kommen werden, desto mehr werden wir Ansehen gewinnen bei den Demokratien der ganzen Welt.

Die Vertrauensatmosphäre, die Europa braucht, wenn es auf die Dauer in Ruhe atmen will, muß mit unserer Tätigkeit und Hilfe geschaffen werden. In den Dienst dieser Bestrebungen muß ich in erster Linie die auswärtige Politik stellen. Diehen wir in Werken des Friedens den Beweis, daß wir in allem Umfang demnach eine große Nation sind, begraben wir alle Methoden einer Machtpolitik, die ein für allemal der Vergangenheit angehört. Deutschland wird die Wiederherstellung seines Ansehens unter den großen Völkern nur vom Herrscher der demokratischen Idee bei uns und bei den anderen Völkern zu erwarten haben. (Schafftes Bravo links; heftiges Juchzen rechts, erneuter langanhaltender Beifall links.)

Danach schloß der Präsident vor, die Sitzung zu verlegen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 10 Uhr.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Parteitag der Grundstaplojen.

Der Parteitag der Demokraten eröffnete heute und mehr den Händen seines Vorsitzenden und erfüllte die völlige Unfähigkeit dieser Partei. Stundenlanges Geschäftsordnungsdebatten, Beschlässe, die in der nächsten Minute umgehoben werden, frenetischer Beifall bei jeder Rede kennzeichneten am besten das Niveau der Versammlung. Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Tagung der Demokraten eine programmatische Basis zu geben, blieb hinter allem zurück. Allerdings scheint das den Delegierten ziemlich gleichgültig zu sein, konnte doch Herr Frankfurter am Montag unter dem Beifall der Versammlung erklären, eine demokratische Weltanschauung existiere nicht. Die Folge dieser Grundlosigkeit kennzeichnete Professor Obst schon am Sonntag: „Die Massen werden irre an der Partei!“

Graf Bernstorff eröffnete die Sonntagssitzung mit einem Referat über die Aufgaben der Demokratie in der auswärtigen Politik.

Er begann mit einer Kennzeichnung des alten Systems, die eine Fortsetzung der früheren Politik als unmöglich zeigte. Nachdem er das längere auf den Friedensvertrag eingegangen war, behauptete er, daß Deutschlands Sozialpolitik für die ganze Welt vorbildlich sei. Deutschland müsse nun wieder suchen, wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland anzuknüpfen. Auch mit Rußland und Ungarn könne man in ein extraterritoriales Verhältnis kommen, sobald dort andere Regierungsformen beständen. Nachdem Bernstorff unter lebhaftem Beifall beendet hatte, erhielt Professor Gerland als erster Diskussionsredner das Wort. Er glaubt nicht an eine längere Lebenszeit der jetzigen Regierung und fordert auf, ruhig abzuwarten, bis Zentrum und Sozialdemokratie an die Demokraten um Eintritt in die Regierung herantreten. Inzwischen soll man eigene Politik machen. Was darunter zu verstehen ist, sagt er ebenso wenig wie die anderen Redner. Freiherr von Richthofen verteidigt seine Unternehmungskostenpolitik und bestritt einen baldigen Wiedereintritt in die Regierung. Dem entgegen trat Dr. Raumann, daß die schweren Folgen der einigen Monaten zu merken wären. Seine oft von Zwischenrufen unterbrochene Rede gipfelte in einem scharfen Angriff gegen Grabert.

Nach der Mittagspause ging Dr. Elias auf die Tätigkeit Schiffs ein, dem er reaktionäre Gesinnung vorwarf und begründete einen Antrag auf Einführung der dreijährigen Legislaturperiode.

Derr Schiffer, von Beifall und Juchzen empfangen, ließ seine Haltung zu verteidigen, betont dann aber die Notwendigkeit einer scharfen Trennung gegen links. Als sich Dr. Müller gegen Raumann wendete, der Richthofens Politik durch persönliche Angriffe zu diskreditieren suchte, und die Schuld am Krieg den deutschen Kriegsherrn und Phantomen zuschrieb, wird er von der Versammlung, die die verständliche Kritik der Raumannschen Kriegspolitik nicht hören will, durch lebhaften Applaus unterbrochen. Soheun verurteilt die Stellung Richthofens durch die Behauptung von dessen Unkenntnis der Friedensfrage zu erschüttern. Der Rede sei nur durch die Arbeit Graberts und der Unabhängigen zustande gekommen. Darauf wurde eine Vertrauensabstimmung für die Fraktion wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage angenommen.

Herrlein Dr. Bauer sprach über die soziale Frage Worte, die wohl von christlicher Gesinnung, aber auch völliger Unkenntnis der sozialen Verhältnisse zeugten. Nachdem sich nach Piffel für den Einheitsgedanken erwärmt hatte, lobte Professor Obst scharfe Kritik an der Partei aus, die wohl den Sozialismus ablehnt, aber nichts an seine Stelle setzen kann.

Der Schluß der Tagung artete in eine ganz hemmungslose Debatte über die parteiliche Art der Geschäftsleitung des Versammlungsvorstandes aus, der die Vertreter der oppositionellen Jugend gegenüber den anderen Mitgliedern zurücksetzte.

* * *

Am 10 Uhr wurde die Montagssitzung eröffnet. Nach einem langatmigen Bericht des Herrn Raumb über die Arbeit der Monatsprüfungscommission erhielt der Abg. Peter den das Wort, um einen großen Teil seiner Sonnenrede zu wiederholen. Sein Reich sei über die Art einer Sozialisierung im Klaren; die Zeit erfordere die Selbstorganisation der Wirtschaft. Ohne in seiner — rhetorisch abseitigen glänzenden — Rede diese Selbstorganisation näher zu erläutern, wandte er sich scharf gegen die antimilitärische Debatte und die Fortsetzung der Sozialpolitik durch die Konventionen. Graf Bernstorff erklärte nochmals, die Revision dieses Friedens werde nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen. Noch bezeichnet als Hauptaufgabe der Partei die Erzielung von mehr Mandaten! Ein Antrag Peter auf Fortsetzung der dreijährigen Legislaturperiode wurde mit 288 gegen 20 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Gerlands angenommen, in dem der übliche klammernde Protest gegen den Frieden erhoben wird.

Nach einer kurzen Pause erstattet Geheimrat Schreiber in über einhundertständiger phrasenhafter Rede Bericht über die Verfassung der Partei, die dann gegen wenige Stimmen angenommen wird.

Der bekannte Durchfallkämpfer Dr. Frankfurter nennt die deutsch-demokratische Partei die einzige Revolutionspartei. (1) Er erklärt, daß auch in der Demokratie die konstante Bewusstheit notwendig sei. Dann kommt er auf die Rechtssozialisten: Willkürlichweise hätten sie sich gemauert, und seien von ihrem Klassenstandpunkt zu dem der Demokraten herübergewechselt. Seitdem sie ihr Programm verlassen hätten, seien die Anschauungen beider Parteien eng verbunden und es gäbe keinen politischen Unterschied zwischen Rechtssozialisten und Demokraten! Dafür stünde jetzt aber der innere Feind, Spaulius, vor den Kuren. Seine Rede hing in der Aufforderung aus, stets die Kinder an diesen Frieden zu erinnern, und zu handeln, wenn die Stunde komme. Wenn der Krieg einmal kommen sollte, dann würden die Söhne der Demokratie ihn führen, bis das Unrecht aus der Welt sei.

Es folgte nach kurzer Diskussion eine etwa einhundertständige Geschäftsordnungsdebatte. Ein Antrag auf sofortige Vornahme der Vorstandsarbeiten wurde angenommen, dann wieder umgehoben. Dann wurde über Schluß der Sitzung abgestimmt und angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch erklärt hatte, Raumann wolle noch den Entwurf eines Telegramms an Hindenburg vorlesen und ein Referat über Kulturfragen halten, wurde Weitertragung beschlossen. — In dem Telegramm wurde dem Kaiser deutscher Widerstand der unaufrichtigen Dank usw. versichert. Die phrasenhafte Rede Raumanns fand den begeisterten Beifall der Versammlung. Nachdem er die Verbeugung des konfessionellen Unterrichts beklammert hatte, polemisierte er lebhaft gegen das Schulkompromiß der Rechtssozialisten! Die Inkonsequenz seiner Rede wurde nicht bemerkt. Gegen 7 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen.

* * *

Die gestrige Sitzung beschloß den Parteitag. Zunächst sprach Dr. Raumann über die Wirtschaft, als deren unerschütterliche Grundlage er natürlich den Privatbesitz ansieht. Er glaubt, daß die Verhältnisse im monarchischen Deutschland besser als heute gewesen seien! Dann hielt Herr Gerland einen Vortrag über den Staat: Wir dürfen keine Bureaukratie haben. — Ein hartes Verurteilungsamt ist dringend notwendig! Gleich widerspruchsvoll waren auch seine übrigen phrasenhaften Ausführungen.

Nach kurzer uninteressanter Diskussion schritt man zur Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden der „einzigen Revolutionspartei“ wurde Friedrich Raumann mit knapper Stimmenmehrheit gegen den Senator Peterjen gewählt. Nach dem lebhaft angelegenen Kommissionswahl ging die Diskussion über Kultur und Staat weiter. Sie brachte nur die alten Phrasen. Einzig Herr Professor Raumann sprach sachlich gegen die Todesstrafe. Ein Student beklagte die Unfähigkeit der Regierung gegenüber der monarchischen Nation auf den Universitäten. Mit der Ausrückung des Parteiprogramms wurde eine Kommission beauftragt, bis den neuen Entwurf einem außerordentlichen Parteitag Ende dieses Jahres vorlegen soll.

Mit einem Beifall von republikanischen Stoßform schloß gegen 10 Uhr der Vorsitzende die Versammlung. (Aus Mangel haben wir den Schlußbericht über den demokratischen Parteitag einige Tage zurückstellen müssen.)

Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, 22. Juli.

Der Hauptreferent Schmidt gibt den Klassenbericht. Nach dem 9. November hat sich die Entwicklung der Revolution bemerkbar gemacht. Im ersten Quartal waren allem 105 827 Eintritts zu verzeichnen, so daß jetzt über 870 000 Mitglieder vorhanden sind. Die Einnahme betrug im Jahre 1918 1 736 046,07 Mark. Dem steht in der Hauptklasse eine Ausgabe von 1 033 418,57 Mark gegenüber. Außerdem kommt eine Ausgabe in der Nebensklasse von 408 933,44 Mark hinzu. Der Gesamtbestand beträgt 1 078 703,14 Mark. Schmidt verweist noch die Führung hin. Die Einstellung der Unterrichtsangehörigen. Eine andere Maßnahme hätte zu einer finanziellen Katastrophe geführt. Die Presse verurteilt Rebalter Wagner. Wegen des Disziplinarverhaltens können wir nicht Stellung nehmen, weil der Zentralvorstand eine andere Meinung vertreten hatte. Auch konnten wir nicht die Schlichtungsanstalten schädigen, denn dann wäre nicht mehr viel für die Arbeiter heranzubekommen. In der Haltung zu den Arbeitsfragen waren für die Revolution die Beschlüsse der sozialdemokratischen Partei und der Generalcommission maßgebend. Als Korreferent zum Geschäftsbericht führt Abdel, Stuttgart, u. a. aus, weshalb man mit der Revolution und dem Vorstand unzufrieden war, lag in dessen Haltung zur Kriegspolitik. Die Auffassung in den Instanzen ging dahin, daß man die bindenden Beschlüsse der Generalversammlung mißbraucht hat. Dann berichtet Abdel die ihm vom Zentralvorstand übermittelte Kündigung, die nur erfolgen sollte, weil er der Opposition angehört. Von Stuttgart aus ist er denunziert worden, weil er für seine Partei Schriftsätze angefertigt habe. Deshalb habe man ihn entfernen wollen. Und das wollte der Zentralvorstand tun, der selbst fortgesetzt für die rechtssozialistische Partei Großreden verhandelt und für diese tätig war. Dem Redner wird lebhaft zugestimmt, als er die Unterdrückung der anderen Richtung durch den Zentralvorstand kritisiert. Freilich, wir haben schon in den ersten Voraussetzungen 1914 gegen den Kapitalismus, gegen den Militarismus und gegen den Bürokratismus Stellung genommen, und nicht wie andere erst am 8. u. 9. oder 10. November. Man sollte die Diktatur des Zentralvorstandes einführen. Auch die Verhandlung der „Gleichheit“ war eine Verletzung der Generalversammlungsbeschlüsse. Schors wendet er sich noch gegen eine Rede Artikel in „Textilarbeiter“, die mit den elementaren sozialistischen Vorlesungen in Widerspruch stehen. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung und sie haben mit zur Beseitigung der Klassenunterschiede beizutragen. (Beifalliger Beifall.) Der Verhandlungstag beschließt

dann, folgendes Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium abzugeben: Berlin, 22. Juli 1918. Mitglieder umfassenden Textilarbeiterverbandes erhebt im Arbeiter- und Allgemeininteresse scharfen Protest gegen die Beschlüsse der Reichswirtschaftsstelle für Wollfabrikation. Aufhebung der Zwangsarbeit in Wollindustrie und erwartet Ablehnung durch Reichswirtschaftsministerium. Es folgt nun die Diskussion über die gesamten Berichte.

Erste Sitzung in der Metallindustrie.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der Generalversammlung am Montag, den 21. d. M., nahmen die Metallarbeiter Stellung zu den auf ihren Forderungen vom Verband Berliner Metall-Industrieller gemachten Gegenanträgen. Der Bevollmächtigte Ruch berichtete über die Verhandlungen folgendes: Die Unternehmer haben zunächst Wert darauf gelegt, daß die zur Zeit bestehenden Einzelbewegungen beigelegt werden. Die Verhandlungskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes machte bei dieser Auseinandersetzung die Wahrnehmung, daß die Unternehmer sich in ihrer Generalversammlung auf Beschlüsse festgelegt haben, die eine gütliche Beilegung der Differenzen nicht ermöglichen. Dies kam bei den Verhandlungen, die zur Beilegung der Bewegung der Schmelde führen sollten, sehr deutlich zum Ausdruck. Die Unternehmer haben eine Generalkommission gebildet, die vollkommen mit diktatorischer Gewalt ausgestattet ist. Diese Kommission hat die Aufgabe, darauf zu achten, daß in den Betrieben Lohnsenkungen, die über die Höhe hinausgehen, welche die Kommission festgelegt hat, nicht vorgenommen werden. Wo dieses doch geschehen ist, müssen die Zulagen wieder rückgängig gemacht werden. Es werden hohe Geldstrafen von der Kommission festgesetzt gegen die Unternehmer, die höhere Forderungen der Arbeiterbewegung bewilligen. Der Unternehmer, welcher sich diesen Grundregeln nicht fügt, hat mit der Strafe eines hohen Wochenlohnes für die gesamte Belegschaft zu rechnen; auch kann der Ausschuß aus der Organisation erfolgen. Auf Grund dieser Bestimmungen haben wir in den verschiedenen Betrieben zu verzeichnen, daß die Unternehmer die gemachten Zusicherungen zurückgezogen haben. Das ist der Beweis, daß die Unternehmer sehr gut in der Lage sind, Ingeklärtheiten an die Arbeiterbewegung zu geschleichen. Nur dem diktatorischen Einschlag des Verbandes Berliner Metall-Industrieller ist es zu danken, daß diese Teilweise nicht zur Zufriedenheit der davon betroffenen Unternehmer und Arbeiter geregelt werden können.

Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, hat die Verhandlungskommission zur Beilegung der Schmeldebewegung eine fünfprozentige Erhöhung der Löhne als Rebusorium vorgeschlagen. Die Unternehmer dagegen erklärten, diesem Provisorium nicht zustimmen zu können, das übersteige ihre Leistungsfähigkeit. So stehen die Schmelde weiter im Streik. Die Unternehmer gehen jetzt dazu über, in den Betrieben, wo Schmelde im Streik stehen, den übrigen Arbeitern zunächst eine vergrößerte Arbeitszeit aufzuerlegen; in anderen Betrieben werden Tausende von Arbeitern gekündigt. Auf diese Weise sollen in dieser Woche 1400 Arbeiter aus der Pflanze gemessen werden! Diese Maßnahmen zeigen, wie die Unternehmer auf eine Verschärfung der Situation hinarbeiten.

Entgegen den Vorschlägen der Verhandlungskommission für den abzuschließenden Vertrag, drei Lohnklassen festzusetzen, haben die Unternehmer in ihren Gegenanträgen mit sechs Klassen für die Arbeiter und zwei Klassen für die Arbeiterinnen eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten herbeizuführen versucht. Entgegen den früheren Vertragsverhältnissen sieht jede Klasse einen Mindest- und Höchstlohn vor. Der Mindestlohn soll als Einstellungslohn gelten; mit dem Höchstlohn soll eine Steigerung des Verdienstes des Arbeiters nach seiner Arbeitsleistung behindert werden. Nicht man den Durchschnit aus den für die einzelnen Klassen festgesetzten Lohnen, so ergibt sich eine sehr minimale Zulage für die gesamte Arbeiterbewegung nach dem alten Vertrag, der durch die gegenwärtig bestehenden Lohnverhältnisse allerdings längst überholt ist. Hinszu kommt noch, daß die Unternehmer eine bestimmte Definition für die einzelnen Arbeiterkategorien festlegen wollen, so daß nur eine geringe Anzahl von Berufen der ersten und zweiten Lohnklasse angehören sollen. Es sollen sechs solcher Lohnklassen für Männer und zwei für Frauen geschaffen werden. Der Lohn soll betragen:

in der ersten Klasse	2,90—3,30 M.
„ „ „ zweiten „	2,70—3,00 M.
„ „ „ dritten „	2,60—2,90 M.
„ „ „ vierten „	2,40—2,70 M.
„ „ „ fünften „	2,20—2,50 M.
„ „ „ sechsten „	2,—2,30 M.

Wir verlangen eine weitere Verringerung der Spannung zwischen dem höchsten und niedrigsten Lohn und ein Weglassen der oberen Grenze.

Die Unternehmer haben uns nun am Sonntagabend durch ein Schreiben darauf hingewiesen, daß sie nicht in der Lage sind, andere Gegenanträge machen zu können. Die Verhandlungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat, da die Unternehmer eine Mehrbelastung durch höhere Löhne für die Industrie nicht für erträglich halten, darauf hingewiesen, daß den Arbeitern der Einblick in die Verhältnisse von den Unternehmern nicht gestattet wird. Die Arbeiterbewegung hat während des Krieges ihre Anforderungen auf Neuanschaffung ständig zurückstellen müssen, weil durch den Druck der damaligen Verhältnisse dieselben nicht in der Lage waren, sich frei entfalten zu können. Jetzt macht sich der wirtschaftliche Anspruch der Arbeiter geltend, weil dieselben vor dem Zusammenbruch ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse stehen. Wir müssen verlangen, daß die Unternehmer den gegenwärtigen mißlichen Zuständen, unter denen die Arbeiterbewegung zu leiden hat, Rechnung tragen und können den Arbeitern die Annahme der Gegenanträge nicht anraten. Wir empfehlen den Arbeitern die Annahme folgender Resolution, die das Weiterwirken der Verhandlungskommission im Interesse der Metallarbeiter festlegen soll:

„Die am 21. tagende Generalversammlung der Verwaltungsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nimmt Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller.

Da die Gegenanträge und Zugeständnisse letztgenannter Organisation so minimaler Natur sind, daß dieselben selbst der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter zur Annahme nicht empfohlen werden können, muß die Generalversammlung die Gegenanträge ablehnen.

Die Verhandlungskommission wird darum beauftragt, dem Verband Berliner Metallindustrieller hiervon Kenntnis zu geben mit der Maßgabe, daß wenn weitere Verhandlungen bis spätestens Freitag, den 25. Juli, eintrifft, ein zufrieden-